

Absender:

.....  
.....  
.....

Auswärtiges Amt

Kurstraße 36

10117 Berlin

Datum:

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Kuba steht im November 2023 die Überprüfung der Menschenrechtssituation im Rahmen des UPR in der Arbeitsgruppe des UN-Menschenrechtsrats an. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um Ihnen einige der Bedenken hinsichtlich der Menschenrechtssituation in Kuba mitzuteilen und die deutsche Regierung aufzufordern, sich aktiv an der Überprüfung Kubas zu beteiligen, um sicherzustellen, dass eine echte Bilanz der Menschenrechtssituation gezogen wird und eine offene Diskussion über Maßnahmen zur Verbesserung der Situation vor Ort stattfindet.

Forderungen sind unter anderem:

- Sofortige Aufnahme eines echten Dialogs mit Menschenrechtsverteidiger\*innen, unabhängigen Journalist\*innen und anderen Akteur\*innen, einschließlich derjenigen, die den Behörden kritisch gegenüberstehen.
- Unverzügliche und bedingungslose Freilassung aller Personen, die wegen der Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung inhaftiert sind.
- Änderung der Bestimmungen des neuen Strafgesetzbuches, die in der Vergangenheit zur Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger\*innen, unabhängigen Journalist\*innen, Aktivist\*innen, Künstler\*innen oder anderen behördenkritischen Personen verwendet wurden, wie z.B. "Verachtung", "öffentliche Unruhen" und "Widerstand", und die jetzt strengere Mindeststrafen vorsehen.
- Änderung oder Aufhebung von Bestimmungen des neuen Strafgesetzbuches, die das Recht auf freie Meinungsäußerung weiter einschränken, wie z.B. Artikel 143, der die Entgegennahme von Geldern verbietet, die "Aktivitäten gegen den kubanischen Staat und seine verfassungsmäßige Ordnung finanzieren", und Artikel 120.1, der es ermöglicht, dass jeder, der "die verfassungsmäßige Ordnung und das normale Funktionieren des Staates und der kubanischen Regierung gefährdet", mit einer Freiheitsstrafe von vier bis zehn Jahren bestraft werden kann.
- Beendigung der Überwachung und willkürlichen Inhaftierung von Menschenrechtsaktivist\*innen und unabhängigen Journalist\*innen, einschließlich des faktischen Hausarrests.

Zudem möchten ich Sie bitten, sich für Gefangene aus Gewissensgründen einzusetzen:

Zu ihnen gehört José Daniel Ferrer García, Aktivist und Führer der inoffiziellen politischen Oppositionsgruppe "Patriotische Vereinigung Kubas", der festgenommen wurde, nachdem er versucht hatte, an Demonstrationen in Santiago de Cuba teilzunehmen. Für seinen Versuch, an den

Protesten teilzunehmen, wurde José Daniel Ferrer García wegen "Störung der öffentlichen Ordnung" angeklagt, aber er wurde nicht vor Gericht gestellt und bleibt im Gefängnis. Im Jahr 2020 wurde José Daniel Ferrer García nach einem anderen, von Unregelmäßigkeiten geprägten Prozess wegen anderer Vorwürfe zu viereinhalb Jahren Hausarrest verurteilt. Nach Unterlagen, die Amnesty International vorliegen, hob ein Provinzgericht in Santiago im August 2021 den Hausarrest wegen "öffentlicher Unruhen" im Zusammenhang mit den Protesten im Juli 2021 auf und zwang ihn, die vorherige Strafe im Gefängnis zu verbüßen. Seit seiner Inhaftierung im Jahr 2021 wird José Daniel Ferrer García mit eingeschränktem Zugang zur Außenwelt und unter Bedingungen festgehalten, die Folter oder andere Misshandlungen begünstigen könnten. Sein Gesundheitszustand ist äußerst kritisch.

Luis Manuel Otero Alcántara, ein schwarzer kubanischer Künstler und Anführer der San-Isidro-Bewegung wurde ebenfalls im Zusammenhang mit den Protesten vom 11. Juli 2021 festgenommen. Luis Manuel Otero Alcántara hatte sich lautstark gegen das Dekret 349 ausgesprochen, ein 2018 verabschiedetes Gesetz, das die künstlerische Meinungsäußerung einschränken soll. Vor seiner Inhaftierung im Juli 2021 war Luis Manuel ständiger Überwachung und Schikanen sowie mehrfachen willkürlichen Verhaftungen ausgesetzt. Am 11. Juli 2021 stellte Luis Manuel ein Video ins Internet, in dem er mitteilte, dass er an den Demonstrationen teilnehmen würde. Er wurde verhaftet, bevor er den Ort erreichte, an dem die Demonstration stattfand, und in das Hochsicherheits-gefängnis von Guanajay gebracht, wo er weiterhin einsitzt. Im Juni 2022 wurde er nach einem Prozess hinter verschlossenen Türen zu fünf Jahren Haft verurteilt. Auch sein Zustand ist besorgniserregend.

Maykel Castillo Pérez, ein schwarzer kubanischer Musiker, ein Anführer der San-Isidro-Bewegung und einer der Autoren des Liedes "Patria y Vida", das die kubanische Regierung kritisiert und als Protesthymne angenommen wurde, befindet sich ebenfalls im Gefängnis und in einem kritischen Gesundheitszustand. Am 4. April 2021 war Maykel zu Fuß in Havanna unterwegs, als Polizeibeamte ihn verhörten und versuchten, ihn zu verhaften, was sie jedoch angesichts der Beschwerden anderer Passanten, die das Vorgehen für ungerecht hielten, unterließen. Am 18. Mai erschienen Sicherheitsbeamte bei ihm zu Hause und nahmen ihn fest. Im Juni 2022 wurde er zu einer neunjährigen Haftstrafe verurteilt. Im Januar 2022 kam auch die UN-Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierungen zu dem Schluss, dass Castillo Pérez willkürlich inhaftiert worden war, und forderte die kubanische Regierung auf, ihn unverzüglich freizulassen.

Ich bitte Sie dringend, die kubanische Regierung auf folgenden Forderungen anzusprechen:

- Unverzüglich und bedingungslos Freilassung aller Personen, die ausschließlich wegen der friedlichen Ausübung ihrer Rechte auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungsfreiheit oder friedliche Versammlung inhaftiert wurden.
- Den Inhaftierten Zugang zu Anwält\*innen, Familienangehörigen und NGOs zu gewähren und eine ausreichende und ordnungsgemäße ärztliche Versorgung zu sicherzustellen.

Ich bitte Sie, die Gelegenheit des UPR zu nutzen, um mit Kuba in eine sinnvolle Diskussion über konkrete Schritte zur Verbesserung der Achtung der Menschenrechte einzutreten und die Wahrnehmung der Menschenrechte durch die Rechteinhaber in Kuba tatsächlich zu verbessern

Mit freundlichen Grüßen